Stolper Post

Tageszeitung für Stadt und Land

Amtliches Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 30 | Stolp, Freitag, den 5. Februar 1926 | 50. Jahrgang

Die Rechtslage im Reichsbahnkonflikt.

Besprechungen im Reichsarbeitsministerium.

Im Reichsarbeitsministerium fand eine Besprechung mit Vertretern der drei Eisenbahnerverbände statt, die sich über die Rechtslage im Reichsbahnkonflikt unterrichten wollten. Der Vertreter des Reichsarbeitsministers legte dar, daß die deutsche Reichsbahn auf dem Gebiete des Schlichtungsrechtes, das für die private Industrie und die gesamte öffentliche Verwaltung gleichermaßen gelte, keine Sonderstellung beanspruchen könne. Das Reichsbahngesetz habe der Gesellschaft die besondere Stellung, die sie als Reichsunternehmen auf dem Gebiete des Arbeitsrechts früher gehabt habe, zwar erhalten, aber ihr keine weitergehenden Befugnisse eingeräumt. Auch die Verweisung auf die Reparationsverpflichtungen könne zu einer anderen Auslegung der maßgebenden Gesetzesvorschriften nicht führen, da ja die Reichsbahngesellschaft die Möglichkeit habe, bei Nichtgenehmigung von Tarifänderungen durch die Reichsregierung das Reichsbahnschiedsgericht anzurufen.

Nach der Schlichtungsverordnung stehe ein verbindlicher Schiedsspruch einem vereinbarten Tarifvertrage rechtlich völlig gleich. Diese Bestimmung greife mangels abweichender Regelung auch gegenüber den Reichsbahngesetzen Platz.

Das Reichsbahnschiedsgericht sei zu einer Entscheidung über die Zulässigkeit der Verbindlichkeitserklärung nicht zuständig, da diese nicht durch die Reichsregierung, sondern durch den Reichsarbeitsminister als Instanz des Schlichtungsverfahrens ausgesprochen werde, und daher ein Streit zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahngesellschaft gar nicht vorliege. Die Rechtslage sei nach Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Eisenbahnarbeiter und ihre Verbände keine andere, als gegenüber jedem privaten Arbeitgeber, sodaß sie also ihre Ansprüche gerichtlich geltend machen müßten.

Die Vertreter der Gewerkschaften stellten fest, daß sich diese Ausführungen mit ihren eigenen Anschauungen durchaus decken und wiesen darauf hin, daß der Reichsbahngesellschaft durch die Durchführung des Schiedsspruches nur eine Belastung von 11,8 Millionen Mark im Jahre erwüchse, was bei der Höhe ihres Gesamtetats überhaupt nicht ins Gewicht falle.

Die Luftfahrtfrage.

Eine Entschließung des Auswärtigen Ausschusses.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags wurde unter Vorsitz des Abg. Hergt (Dnt.) zunächst die Frage des Luftverkehrs behandelt. Nach längerer Aussprache wurde folgende Entschließung mit allen gegen eine Stimme angenommen:

„Der Auswärtige Ausschuß hat die Mitteilungen des Herrn Reichsverkehrsministers zur Kenntnis genommen und spricht den Wunsch aus, daß bei den Pariser Verhandlungen die weit über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgehenden Beschränkungen der deutschen Luftfahrt beseitigt werden.

Die Gunst der geographischen Lage ebenso wie die für uns sprechenden Bestimmungen des Völkerrechts geben uns die Möglichkeit, sowohl für die wirtschaftliche als auch für die sportliche und wissenschaftliche Luftfahrt volle Freiheit zu verlangen. Der Auswärtige Ausschuß ersucht die Regierung, die Verhandlung in diesem Sinne zu führen."

Es folgte eine umfangreiche Diskussion über das Minderheitenrecht und die damit zusammenhängenden Schiedsgerichtsverträge, wobei es jedoch zu Beschlüsse des Ausschusses nicht kam.

* * *

Die Pariser Luftfahrtverhandlungen.

Ueber die Pariser Luftfahrtverhandlungen verbeitet „Daily Telegraph" eine plantastische Meldung. Danach habe sich die deutsche Regierung bereit erklärt, ein neues Luftfahrtgesetz, dem Reichstage über drei Punkte zu unterbreiten, deren Verbot die Alliierten aufrecht zu erhalten gedächten. Die von den Alliierten gewünschten drei Luftfahrtbeschränkungen seien folgende: 1. Verbot von Flugzeugen über eine bestimmte Pferdekraft, 2. Verbot von Eindeckern, 3. Verbot der Flugzeugausbildung von Reichswehrangehörigen.

Von zuständiger Seite wird hierzu mitgeteilt: Die Abänderung der Luftfahrtbeschränkungen der Alliierten ist nicht auf gesetzlichem Wege erforderlich, es genügt hierzu eine Verordnung der Reichsregierung. Ferner handelt es sich bei den gegenwärtigen Luftfahrtverhandlungen lediglich darum, an Stelle der Londoner Begriffsbestimmungen den Alliierten bestimmte Garantien für die Entwicklung der deutschen Luftfahrt zu geben. In Sonderheit kann es sich nicht darum handeln, Deutschland auf dem Wege über „Garantien" in dem Bau von Motoren grundsätzliche Beschränkungen aufzuerlegen.

Amerikas Verdruß über Frankreich.

Coolidge für eine Separatkonferenz.

Neuyork, 4. Februar. Der gestrige Beschluß des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund findet hier wenig Beachtung. Um so mehr beschäftigen sich maßgebende Kreise auch weiterhin mit der Verschiebung der Genfer Abrüstungskonferenz. In Washingtoner Kreisen wird hauptsächlich Frankreich für die Vertagung verantwortlich gemacht. Nach Meinung obiger Kreise hätten die europäischen Mächte nicht damit gerechnet, daß Amerika an einer Abrüstungskonferenz teilnehmen werde. Diese wollten die Ablehnung Amerikas abwarten und darauf die Einberufung einer Abrüstungskonferenz für überflüssig erklären.

In Washingtoner amtlichen Kreisen verlautet nach dem „Neuyork Herald", daß die amerikanische Regierung zwar bereit sei, eine Delegation nach Genf zu entsenden, Präsident Coolidge und Staatssekretär Kellog jedoch wären der Ansicht, daß man

die Möglichkeit einer Separatkonferenz

aus folgenden Gründen ins Auge fassen müsse:

1. Beschränkungen zur See sollen von den Seemächten bestimmt werden und nicht vom Völkerbunde, zu dem auch kleine Nationen ohne Seemacht gehören.

2. Die Teilnahme Amerikas an einer Genfer Konferenz über die Abrüstung zu Lande würde die amerikanische Regierung in die europäischen Streitigkeiten hineinziehen, wobei Amerika vermutlich auf der Seite Großbritanniens stehen würde.

3. Der verstärkten Agitation für eine Flottenvermehrung in den Vereinigten Staaten, die das wirtschaftliche Programm des Präsidenten Coolidge gefährdet, würde schwer zu begegnen sein, wenn nicht weitere allgemeine Beschränkungen im nächsten Jahr durchgeführt würden.

4. Es wird angegeben, daß Präsident Collidge seine Wahlversprechungen von 1924 vor den Wahlen von 1926 verwirklichen möchte. Diese Erwägungen werden als ein ausreichender Grund betrachtet, daß unabhängig von der Abrüstungskonferenz in Genf eine Konferenz nach Washington für das Frühjahr 1927 einberufen wird.

Eine dreiste Verdrehung.

Der Generalsekretär der Fascisten in Tirol über die Entdeutschungspolitik.

München, 4. Februar. Infolge der Lage in Südtirol haben die „Münchener Neuesten Nachrichten" ein Mitglied ihrer Redaktion nach Südtirol geschickt, um die dortigen Verhältnisse durch persönlichen Augenschein zu studieren. Das Redaktionsmitglied besuchte in Trient auch das Generalsekretariat der fascistischen Partei und legte dem Generalsekretär Dr. Stefenelli eingehend die Beschwerden der Deutschen in Südtirol dar. Dr. Stefenelli betonte demgegenüber die Notwendigkeit einer straffen nationalen Politik in dieser Grenzprovinz, bestritt aber das Bestehen eines politischen Systems der Entdeutschung. Er erklärte, wir würden den deutschstämmigen Tiroler verachten, der zu uns käme und uns sagen würde, er sei ein Italiener. Er soll ruhig Deutscher sein, aber auch ein wenig italienischer Staatsbürger.

Die Behauptung, daß keine Entdeutschungspolitik getrieben würde, findet in der Tatsache der Deutschenvertretung, der Schul-, Sprachen- und Kirchenpolitik wirklich keine Stützen. Hat die Boykottbewegung gegen italienische Waren schon so gewirkt, daß zu dreisten Entstellungen die Zuflucht genommen wird?

Neue Krise im italienischen Fascismus.

London, 4. Februar. Wie der „Star" berichtet, ist zwischen Mussolini und seinem Hauptmitarbeiter Farinacci ein scharfer Gegensatz entstanden, der die gesamte fascistische Partei in Italien zu sprengen droht. Farinacci ist der Generalsekretär der Partei und Führer der extremen Richtung. Aus privater Quelle aus Italien wird berichtet, daß seine Entlassung vom Posten des Generalsekretariats demnächst bevorsteht und daß dieser Schritt auf eine Ausmerzung der radikalen Fascisten hinausliefe.

Die Fürstenabfindung.

Die Steuerzahlungen der Hohenzollern.

Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde am Donnerstag die Generaldebatte über die Anträge für Fürstenabfindung fortgesetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, daß die hohenzollernsche Hofkammer bisher die Steuer ordnungsmäßig gezahlt habe. Die Hofkammer habe die Auskunft erteilt, daß sie zum erstenmal 1922 eine Steueraufforderung erhalten habe.

Für 1922 ständen die Steuerzahlungen wegen Beschlagnahmeauseinandersetzung noch aus. Für 1922 würden voraussichtlich 30 000 Goldmark nachzuzahlen sein. Für 1923 seien zu verschiedenen Terminen 26 606 Billionen Papiermark, für 1924 670 116 Goldmark, für 1925 898 000 Goldmark an Reichssteuern gezahlt. Für 1920 und 1921 sei nach der zweiten Steuernotverordnung eine Veranlagung und Zahlung nicht erforderlich.

Im weiteren Verlauf erklärte Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) u. a.: Bezeichnend für die Ansprüche der Fürsten sei die Tatsache, daß allein in dem kleinen Lande Thüringen 25 Abfindungsprozesse geführt werden. Der Redner suchte nachzuweisen, daß auch verschiedene von den Hohenzollern als ihr Privateigentum bezeichnete Herrschaften, zu denen auch nach dem Preußischen Landrecht als Staatseigentum geltende Domänen gehörten, eigenmächtig durch Kabinettsoder oder Scheinkäufe zum Hauseigentum gemacht worden seien. Im Falle Koburg-Gotha habe ein höchst bedenkliches Reichsgerichtsurteil ein rechtsgültig zustandegekommenes Landesgesetz aufgehoben und dem Herzog alle Vorteile, dem Lande alle Lasten auferlegt. Die weitere Aussprache wurde zunächst auf Dienstag vertagt.

Annahme des Sperrgesetzes.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 4. Februar.

Im Reichsrat brachte heute vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Rädel (Komm.) einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein, weil sie die Erledigung der Erwerbslosenfürsorge verschleppt habe. Der Reichstag dürfe sich das nicht länger gefallen lassen. Gegen die Behandlung des kommunistischen Antrages wurde Widerspruch erhoben.

Auf der Tagesordnung steht dann die

zweite Beratung des Sperrgesetzes zur Fürstenabfindung

Nach Artikel 1 des Gesetzes sind alle Rechtsstreitigkeiten, die zwischen den Ländern und den Mitgliedern der ehemals regierenden Fürstenhäuser sowie der übrigen in Betracht kommenden Familien über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung anhängig sind, auf Antrag einer Partei bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung (Gesetz oder Volksentscheid) auszusetzen. Arreste und einstweilige Verfügungen sollen hierdurch nicht berührt werden. Nach Artikel 2 tritt dieses Gesetz mit dem Tage der Verkündigung in Kraft und mit dem 30. Juni 1926 außer Kraft.

Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Volksp.) berichtet eingehend über die Verhandlungen des Rechtsausschusses.

Das Sperrgesetz wird darauf in zweiter und dritter Lesung mit Zweidrittelmehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Völkischen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über

Militärgerichte und militärgerichtliches Verfahren.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) sieht in der Vorlage einen Vorstoß der Regierung gegen Errungenschaften der Revolution.

Abg. Dr. Korsch (Kom.) lehnt die Vorlage als lächerlich ab. Sie sei einem verschrobenen militaristischen Geiste entsprungen.

Die Vorlage wird dann in zweiter und dritter Lesung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Abgelehnt wird eine Entschließung Landsberg (Soz.), die Disziplinarstrafordnung dahin zu ändern, daß nur rechtskräftig festgesetzte Disziplinarstrafen vollstreckt werden können.

Eine Entschließung Schulte-Breslau (Ztr.) fordert einen Gesetzentwurf, durch den für alle im öffentlichen Dienst stehenden Personen die

Herausforderung zum Zweikampf M MM

und die Annahme einer solchen Herausforderung als Grund der Entlassung bezw. fristlosen Lösung des bestehenden Vertragsverhältnisses bestimmt wird. Die Entschließung wird mit 216 gegen 125 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Völkischen und die Wirtschaftspartei.

Ein von den Sozialdemokraten eingebrachter Gesetzentwurf im Sinne der Entschließung des Zentrums wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 2 Uhr.

Die Kritik an der Städteordnung.

Aus dem Preußischen Landtag.

Berlin, 4. Februar.

Der Landtag überwies heute zunächst ohne Aussprache den deutschnationalen Antrag über die Förderung der Universitätsstädte Königsberg und Breslau der Ausschußberatung.

Die nochmalige Beschlußfassung über das Gesetz zur Aenderung der Bestimmungen über die Stellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwalt., die durch den Einspruch des Staatsrates notwendig geworden war, wird dann nach kurzer Beratung auf demokratischen Antrag von der Tagesordnung abgesetzt, um den Parteien zur nochmaligen Beratung Gelegenheit zu geben.

Abg. Pieck (Kom.) wünscht dann in einer an die Regierung gerichteten Anfrage Auskunft über die Fememorde, insbesondere den Fall Pannier, wo die wirklichen Schuldigen von der Staatsanwaltschaft unterstützt worden seien.

Präsident Bartels erklärt, daß es geschäftsordnungsmäßig unmöglich sei, eine Große Anfrage sofort auf die Tagesordnung zu setzen. (großer Lärm b. d. Kommunisten).

Abg. Pieck (Kom.) wandelt nunmehr die Große Anfrage in einen Urantrag um, da aber Abg. Lange-Windhof (Dnatl.) der sofortigen Beratung des Antrages widerspricht, kann ihm nicht stattgegeben werden. (Erneuter großer Lärm b. d. Kom.)

Es folgt die Weiterberatung der

Städteordnung

Abg. Greßler (Dem.) verweist darauf, daß der Moment, eine neue Städteordnung einzubringen, jetzt sehr ungünstig sei. Eine Verwaltungsreform an sich sei natürlich notwendig. Die Städteordnung müsse sich dem Geist der Reichsverfassung und der Länderverfassungen anpassen. Ein Bürgerschaftsbegehren und Bürgerschaftsentscheid gehören überhaupt nicht in die Vorlage; sie tragen nur Unruhen in die Gemeinde. Seine Fraktion werde sich seine Stellung zur Vorlage noch vorbehalten.

Abg. Müller-Franken (Wirtsch. Vgg) erklärt, das Sprichwort, was lange währt, wird gut, scheine hier nicht zuzutreffen. Beim Wahlrecht müsse man das 25. Lebensjahr festlegen. Den Bürgerschaftsentscheid lehnt der Redner ab. Wirtschaftlich dürfen die Gemeinden nur nach ganz präzise ausgearbeiteten Richtlinien arbeiten und nur gemeinnützige Versorgungsbetriebe übernehmen.

Abstimmungen.

Die Weiterberatung wird dann durch Abstimmungen unterbrochen. — Es handelt sich um die Anträge des Geschäftsordnungsausschusses, die Genehmigung zur Strafverfolgung der kommunistischen Abgg. Kellermann wegen Gotteslästerung und Lademann wegen Beleidigung der Kirche zu erteilen.

In namentlicher Abstimmung wird mit 186 gegen 137 Stimmen bei drei Enthaltungen beschlossen, die Strafverfolgung des Abg. Kellermann (Kom.) wegen Gotteslästerung zu erteilen. (Lebh. Kundgebungen links und Rufe nach rechts: Pfaffengesindel! Fememörder! usw.). Gegen die Genehmigung der Strafverfolgung stimmten Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten.

Der Strafverfolgung des Abg. Lademann (Kom.) wegen Beleidigung der Kirche wird gegen die Linke zugestimmt.

Abg. Danicke (Völk.), der hierauf in der fortgesetzten Debatte über die Städteordnung zum Wort kommt, wird durch die anhaltende Erregung der Linken über den Ausgang der Abstimmung fortgesetzt unterbrochen. Der Redner betont, daß seine Partei für die Magistratsverfassung eintrete.

Abg. Becour (Soz.) meint, aus der Debatte habe sich ergeben, daß kaum eine Partei mit der Vorlage zur Städteordnung ganz einverstanden sei. Die Sozialdemokraten würden alle verkappten und offenen Anträge auf Aenderung der Wahlbestimmungen ablehnen. Die Sozialdemokraten würden sich ihre Stellungnahme zur Vorlage in der Schlußabstimmung sehr überlegen.

Abg. Dörr (Kom.) lehnt die Vorlage ab, weil sie nur eine Bevorrechtung der Besitzenden enthalte.

Abg. Hourtz (Dem.) verlangt bestimmtere Vorschriften für die Veröffentlichungen über den Stand der wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache; die Abstimmungen über die angefochtenen Paragraphen sollen Montag oder Dienstag erfolgen.

In der Einzelberatung begründeten die Abgg. Maretzki (Dnat.) und v. Eynern (Dvp.) Aenderungsanträge zum Par. 4 der Vorlage, der die Eingemeindungsfrage betrifft.

Beim Par. 17 vertagt der Landtag die weitere Einzelberatung auf Freitag 12 Uhr. Außerdem kleine Vorlagen und Anträge.

Das Arbeitsgesetz im Reichsrat.

Berlin, 4. Februar. Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung, die zum erstenmal unter dem Vorsitz des neuen Innenministers Külz stattfand, mit dem neuen Entwurf über das Arbeitsgerichtsgesetz. Der Zweck der Vorlage ist, eine allgemeine einheitliche Arbeitsgerichtsbarkeit für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schaffen, an Stelle der gegenwärtig auf diesem Gebiet herrschenden großen Zersplitterung. In ganz Deutschland soll auch für Gemeinden, die weniger als 20 000 Einwohner haben, ein lückenloses Netz von Arbeitsgerichten geschaffen werden und zwar unter Beseitigung der bisher bestehenden besonderen Gewerbegerichte, kaufmännischen Schiedsgerichte, Innungsgerichte usw. Die Arbeitsgerichte sollen für alle Arbeitnehmer zuständig sein, auch für solche, deren Einkommen über 5000 Mark im Jahr hinausgeht. Alle Arbeitsstreitigkeiten im weitesten Umfange sollen von den Gerichten entschieden werden, auch solche, die aus Tarifverträgen entspringen. Bisher bestand nur eine erste Instanz für Arbeitsstreitigkeiten, von der unter Umständen nur an die ordentlichen Gerichte appelliert werden konnte. Jetzt werden drei Instanzen geschaffen: Arbeitsgerichte, möglichst für den Bezirk eines jeden Amtsgerichts, ein Landesarbeitsgericht, für jedes Einzelland und schließlich ein Reichsarbeitsgericht, das ein Teil des Reichsgerichts sein soll. Während bisher die Berufung zulässig war nur bei Streitigkeiten, wo es sich um Werte von über 300 Mark handelte, soll künftig die Berufung an höhere Instanzen auch zulässig sein, wenn der Streitgegenstand zwar weniger Wert als 300 Mark hat, aber ein Rechtsstreit von besonderer grundsätzlicher Bedeutung vorliegt. Neben der Berufung ist auch die Revision in 3. Instanz beim Reichsarbeitsgericht vorgesehen, die auch direkt vom Gericht erster Instanz an die dritte Instanz gehen kann, wenn beide Parteien sich darüber einig sind. Während bisher die Beisitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte von den Interessenten gewählt wurden, soll künftig ihre Berufung durch die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden auf Grund von Vorschlagslisten der Wirtschaftsverbände erfolgen. Besetzt werden sollen sämtliche Instanzen mit Richtern und mit Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Immer soll als Vorsitzender ein Richter vorhanden sein.

Der Reichsrat genehmigte die Vorlage und nahm zur Kostenfrage mit überwiegender Mehrheit die Bestimmung auf, daß den Mehraufwand der Länder durch dieses Gesetz das Reich zu ersetzen habe. Von der Reichsregierung wurde das sehr lebhaft bekämpft.

Deutsches Reich.

Antrag der Deutschnationalen Volkspartei für zinsfreie Darlehen an Siedler. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei brachte im Preußischen Landtag einen Antrag ein, nach dem das Staatsministerium ersucht wird, von der zur Förderung der Siedlung in Aussicht genommenen Summe von 37 Millionen Mark ein enBetrag von 10 Millionen den in sehr bedrängter Lage befindlichen Siedlern als zinsfreie Darlehen für die Zeit von fünf bis zehn Jahren zur Verfügung zu stellen.

Auflösung vaterländischer Verbände? Der von dem ehemaligen Pressechef des Herrn Marx, Dr. Spiecker, herausgegebene Informationsdienst verbreitet die Aufsehen erregende Meldung, daß jetzt im Reichsinnenministerium eine Verordnung hergestellt sei, die entsprechend dem Verlangen der Entente auf Verbot der angeblich militärischen Verbände die Auflösung aller solcher Verbände vorsähe, die entweder direkt oder indirekt eine militärische Ausbildung erstreben, oder in persönlicher oder sachlicher Verbindung mit dem Reichswehrministerium stehen. Unter das durch den Entwurf herbeizuführende Verbot würden — so behauptet der Spiecker-Dienst — fallen: Der Stahlhelm, der Wikingbund, der Wehrwolf und ähnliche Verbände, während z. B. der Jungdeutsche Orden keineswegs als ein solcher Verband angesehen werden könne.

Die deutsch-polnische Grenzkonvention, die am 27. Januar in Warschau unterzeichnet wurde, enthält Bestimmungen über die Markierung, Sicherung und Erhaltung der polnisch-deutschen Grenze. Sie enthält ferner Vorschriften über die Benutzung stehender oder fließender Grenzgewässer sowie bei der Ausführung von elektrischer Kraft. Ferner sind in dem neuen Vertrag Bestimmungen über die Gebührenbefreiung beim Verkauf von Landbesitz, der von der Grenzlinie durchschnitten ist, und allgemeine Schutzbestimmungen enthalten. Der Abschluß einiger weiterer Konventionen, die damit im Zusammenhang stehen, wurde vorbehalten. Am 30. Januar ist eine deutsche Delegation unter Vorsitz des bevollmächtigten Ministers Goeppert in Warschau eingetroffen, um die Verhandlungen in der Frage der Liquidierung deutschen Grundbesitzes und deutscher Firmen (Artikel 297 des Vertrages von Versailles) durchzuführen.

Ein feiner Kronzeuge der Linken. Der aus dem Fememordprozeß bekanntgewordene und von der Linken besonders herausgestellte Kronzeuge Goebel, der im Besitz erschwerenden Materials gegen den soeben freigesprochenen Oberleutnant von Senden sein wollte, ist wegen Erpressungsversuchs festgenommen worden. Er hat sich durch einen Mittelsmann an den Verteidiger von Sendens, Rechtsanwalt Bloch, gewandt und diesem auseinandergesetzt, daß er noch allerlei gegen von Senden wisse, aber bereit sei, sich seine Weisheit für 200 Mark abkaufen zu lassen. Rechtsanwalt Bloch hat darauf unverzüglich die Kriminalpolizei verständigt und ist nur zum Schein auf das Anerbieten eingegangen. Als danach Goebel nach dem Büro des Rechtsanwalts kam und erneut weitergehende Ansprüche stellte, wurde er von einem Kriminalbeamten verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Willst Du, wie es Dir behagt, Dich vor ernster Not bewahren, Bleib' dem treu, was Reichardt sagt: Lern' durch Feinkakao sparen! Auch Schokolade bricht die Not, Ist Du sie statt Fleisch zum Brot.

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. Lehne.

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten).

Er sah tief in ihre Augen und flüsterte ihr zu: „Unglück im Spiel, Glück in der Liebe", und er drückte die kleine, zarte Mädchenhand, die leise in der seinen bebte.

„Malte!"

Scharf und drohend klang Gwendolines Stimme. Sie hatte ihn nicht aus dem Auge gelassen — er hatte sie verstanden. Herausfordernd sah er sie an.

„Was befiehlt meine gnädigste Schwester?" fragte er liebenswürdig lächelnd.

Sie zögerte einen Augenblick.

„Du wirst doch nicht spielen?"

Blanka lachte hell auf.

„Will Lina Sie bemuttern? Auf dem Rennplatz und nicht wetten? Spießige Ansicht! Wer bringt das denn fertig? Sie gewiß nich, Malte?"

„Ich gab ihm doch den Auftrag!" wandte sich Hanna entschuldigend an Gwendoline. Sie wollte nicht, daß er mit seinem Gelde leichtsinnig operierte. Ihr kam es wahrhaftig nicht darauf an, wenn er von dem ihrigen verlor — sie konnte leicht auch einen größeren Verlust verschmerzen — er nicht!

„Jetzt sagen Sie mir, Malte, wer von unseren bekannten Herren reitet! Sie wissen, daß ich erst vorgestern aus Garmisch wiedergekommen bin — ich habe mich noch gar nicht orientieren können."

Mit reizender Wichtigkeit blätterte sie in dem Rennprogramm und nahm aus ihrer Perltasche die goldene Bleifeder, um aufzuschreiben. Halblaut las sie die Namen der Reiter und Pferde, unter anderen den Namen Kronau —

„Kronau? Ist das unser Axel Kronau?" rief sie aufgeregt, „das wußte ich doch gar nicht! Kommen Sie, Malte, nach der Waage, ich muß ihn sehen — das ist ja famos! Aber er hat mir gar nichts davon gesagt."

Wie ein kleiner, schmerzhafter Stich ging es da durch Gwendolines Herz. Was bedeutete Blankas Interesse an Kronau? Eifersucht erfüllte sie — und Angst.

Denn sie liebte ihn. Wenn auch ihre Liebe aussichtslos war — sie gönnte ihn trotzdem keiner anderen — und am allerwenigsten Blanka.

Sie sehnte sich, ihn zu sehen und wartete auf sein Kommen. Er hatte es ihr versprochen, sie in der Likowskischen Loge zu begrüßen. Ungeduldig blickte sie um sich her, nur mit halbem Ohr auf Hannas Geplauder lauschend. Endlich kam er, neben ihm schritt Blanka. Er küßte der Kommerzienrätin die Hand und ließ sich Johanna vorstellen. Während des ersten Rennens hielt er sich bei den Damen auf.

„Wir werden nachher den Daumen für Sie halten, Herr von Kronau! rief Blanka, „ich setze Sieg auf Sieg — ich will meine Finanzen verbessern; ich setze auf alle Favoriten."

„Ich bin kein Favorit, Gnädigste, Sie werden es nachher beim Setzen beobachten."

Da sah sie ihn mit einem langen, lächelnden Blick an, daß er beinahe verlegen wurde. Gwendoline verblaßte. Wie konnte Blanka einem Manne so entgegenkommen?

Fünf Pferde wurden zum Start geritten zum ersten Rennen. Axel Kronau war viel zu viel Sportsmann, um jetzt noch Zeit zur Unterhaltung und zum Flirt mit schönen Frauen zu haben, wie Blanka zu erwarten schien; denn sie zog ein Mäulchen, als sie sah, mit welcher gespannten Aufmerksamkeit er das Rennen verfolgte, das mit einem leichten Siege des Favoriten endete."

„Das war doch gar nichts weiter," sagte Blanka etwas enttäuscht, „und es ist nicht mal einer gestürzt."

„Aber Blanka!" mahnte Hanna empört, „wie herzlos".

„Nun ja, es passiert doch in den seltensten Fällen etwas, die springen doch schnell wieder auf: wie die Katzen sitzen sie auf ihren Gäulen! Aber es gibt dann ein bißchen Sensation."

„Mein Vater ist beim einem Reiten im roten Rock verunglückt!" bemerkte Gwendoline mit schwerer Stimme, „tot trug man ihn vom Platze! Ich verzichte gern auf eine solche Sensation."

Blanka warf Gwendoline einen unwilligen Blick zu; das wußte man ja längst, warum mußte sie das jetzt betonen?

Doch Axel von Kronau wußte es noch nicht; interessiert blickte er auf. Aber zu einer näheren Frage kam er nicht, da Blanka ihn mit Fragen nach dem nächsten Rennen bestürmte. Und als er sich von ihnen verabschiedet, schloß sie sich ihm ohne weiteres an.

Malte kam. Er klimperte mit Geld, das er lose in der Hand trug.

„Hier, Jeannette, unser Gewinn! Es hat nicht viel gegeben — leider! Vierzehn zu zehn! Vom nächsten Rennen verspreche ich mir aber mehr!"

„O, das ist fein, Malte! Ein versprechender Anfang! Und wenn Herr Kronau reitet, setzen Sie zwanzig Mark Sieg auf seinen „Mondschein"."

„Auf den Schinder? Nein, Jettchen, das machen wir nicht! Kronau ist nicht erstklassig, unter uns, ist Outsider! Was hat er denn bis jetzt gemacht? Nichts Rennenswertes! Er hat kein Glück mit seinen Schindern! Ich habe für das Rennen einen ganz anderen Tip, einen Geheimtip — Sie werden staunen, meine Damen! Da gibts Geld! — „Butterfly" ist ja Favorit. Graf Merzen reitet ihn! Aber er ist gar nicht gut in Form — er gefällt mir nicht."

Es wurde Gwendoline zu eng und zu heiß. Sie konnte des Bruders läppisches Gerede nicht mehr mit anhören. Sie stand jetzt im Gespräch mit einigen Herren in der Nähe der Hofloge. Ein schneller Blick überzeugte sie, daß Kronau nicht dabei war. Schnell drehte sie sich um und ging an der Restauration vorbei nach dem Stall der Pferde. Dort traf sie ihn bei seinem Gaul. Er strich liebkosend über dessen schmalen, klugen Kopf.

Es war, als fühle Kronau ihre Nähe. Er blickte auf. Da streckte sie ihm die Hand entgegen. „Viel Glück", sagte sie leise und wurde dabei rot. Seine Augen glänzten.

„Ich werde um den Sieg reiten! Und wenn ich ihn erringe, so betrachte ich es als Erlaubnis, mir etwas sehr Schönes zu wünschen!"

Sie sahen sich an, und ihre Augen verrieten, was die Lippen noch verschwiegen.

Als sich jetzt Kameraden Kronaus näherten, ging sie. Mit geheimnisvoller Macht zog es sie zum Totalisator. Schnell, wie auf etwas Verbotenem ertappt, ging sie wieder zurück — aber in der Hand brannte eine kleine, grüne Karte, die sie ihre letzten fünf Mark gekostet hatte — als Arbeitslohn für eine Bluse bestimmt.

„Bin ich denn besser als Malte?" fragte sie sich vorwurfsvoll.

Und dann nahm sie ihren Platz neben Johanna wieder ein.

„Wo bleibst du nur, Line?" fragte die Kommerzienrätin in scharfem Ton; beinahe hätte sie hinzugefügt: „Ich habe dich nicht zu deinem Vergnügen mitgenommen, sondern als Gesellschafterin Hannas! Vergiß das nicht!"

Frau Likowski erhob sich jetzt, ließ sich von Gwendoline bedienen und ging nach der Restauration, um dort eine Tasse Kaffee zu trinken.

(Fortsetzung folgt.)

Nahkampf in der Hamburger Bürgerschaft. In der Hamburger Bürgerschaft kam es bei der Beratung des Nachtrages zum Staatshaushaltsplan für 1925 zu stürmischen Auftritten. Als der Justizsenator Noeldike die wegen der Teilnahme an den kommunistischen Unruhen zu Festungshaft verurteilten Personen als politische Verbrecher brandmarkte, schleuderte ihm der kommunistische Abgeordnete Janke ein Buch ins Gesicht. Zwischen den Demokraten und den Sozialdemokraten einerseits und den Kommunisten andererseits kam es daraufhin vor der Rednertribüne zu einem Handgemenge. Die Sitzung wurde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der kommunistische Abgeordnete Janke ausgeschlossen.

Auslands-Rundschau.

Polen und Spanien im Völkerbundsrat. Nach einer Meldung aus Warschau soll die Frage der Vertretung Polens im Völkerbundsrat in der Weise geregelt werden, daß Spanien einen ständigen Sitz erhält, während Polen den zur Zeit von Spanien besetzten nichtständigen Sitz erhalten soll. Eine Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten.

Vermischtes.

Heftige Stürme auf dem Weltmeere. Auf dem Atlantischen Ozean toben die Stürme nach wie vor unvermindert fort. Der Hapagdampfer „Westphalia" rettete die 20 Mann starke Besatzung des holländischen Frachtschiffes „Alkaid", das sich in großer Seenot befindet. Das amerikanische Unterseeboot „T. 3" mußte von einem Dampfer ins Schlepptau genommen werden, da sein Oelvorrat ausgegangen war. Der Ozeandampfer „Olympic" meldet, daß er infolge heftigen Seeganges nur mit sechs Knoten stündlicher Geschwindigkeit fahren kann. Eine große Anzahl kleinerer Schiffe befindet sich in Seenot.

Eine Siedlung aus der älteren Steinzeit wurde nicht weit von Freiburg (Baden) aufgedeckt. Außer vielen Steinwerkzeugen fand man Knochen von Höhlenlöwen, Renntieren und einer ehemaligen Pferdeform.

Ein Staatswesen fruchtlos gepfändet. Seit einigen Monaten führt die Stadtgemeinde Belgrad gegen den jugoslawischen Staat einen Rechtsstreit um die Benutzung der Donaubrücken durch die staatlichen Schiffahrtsgesellschaften. Um ihre Ansprüche sicherzustellen, erwirkte die Stadtgemeinde einen Zahlungsbefehl, der an einem der staatlichen Postdampfer vollstreckt werden sollte. Dabei stellte sich die etwas merkwürdige Tatsache heraus, daß dieser Dampfer der staatlichen Schiffahrtsgesellschaft nicht mehr Eigentum der Gesellschaft, sondern bereits an ein fremdes Konsortium als Garantie für eine Anleihe übereignet worden war. Die Pfändung verlief daher fruchtlos. Die Stadtgemeinde wird sich nunmehr an andere Wertobjekte des Staates halten müssen.

Verheerender Brand in den Vereinigten Staaten. In South Bend im Staate Indiana entstand eine große Feuersbrunst, die neun Warenhäuser einäscherte. Der Schaden beläuft sich auf über zwei Millionen Dollar. Während die Feuerwehr noch mit dem Löschen des Brandes beschäftigt war, vernichtete in einem anderen Viertel der Stadt eine zweite Feuersbrunst die Geschäftsräume der Standard Oil-Compagnie. Hier entstand ein Schaden von 300 000 Dollar.

Eine eigenartige Fracht brachte unlängst ein Eisenbahnzug an die Westküste der Vereinigten Staaten. Es waren dies die Leichen von über 400 Chinesen, die vor ihrem Tode den Wunsch zu erkennen gegeben hatten, in chinesischer Erde bestattet zu werden, die dann aber wegen mangelnder Geldmittel in Amerika begraben worden waren. Eine chinesische Wohltätigkeitsgesellschaft läßt zur Zeit die Leichen all dieser Mittellosen ausgraben und nach China überführen.

Stadt. Kreis. Provinz.

Polizeibericht. In der Zeit vom 1. bis 31. Januar 1926 gelangten von der Schutz- und Verwaltungspolizei 196 Personen zur Anzeige und zwar: 60 wegen Verweilens in Schankstätten über die Polizeistunde hinaus, 22 wegen Uebertretung der Hunde-Polizeiverordnung, 20 wegen Trunkenheit und Verübung groben Unfugs, 18 wegen Obdachlosigkeit, 18 wegen nächtlicher Ruhestörung, 15 wegen unterlassener Schnee- und Eisentfernung von den Straßen, 8 wegen Uebertretung der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, 10 wegen Fahrens mit unbeleuchteten Fuhrwerken bezw. Fahrrädern, 6 wegen Ueberschreitung der Polizeistunde, 3 wegen Beamtenbeleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 3 wegen Beschädigung der Promenadenbäume, 2 wegen Tierquälerei, 2 wegen Beschäftigung von Lehrlingen ohne Arbeitsbuch, 2 wegen Konkubinats. 1 wegen Bettelns und Landstreichens, 1 wegen Milchverkauf Sonntags außerhalb der freigegebenen Zeit, 1 wegen Fahrens mit einem Handwagen auf dem Bürgersteig, 1 wegen Stehenlassens eines unbeaufsichtigten Fuhrwerks auf der Straße, 1 wegen Lagerns von Mineralölen ohne Erlaubnis, 1 wegen Hausfriedensbruch und 1 wegen Gewerbevergehens.

Forstdiebstahl. In der Zeit vom 24. bis 28. Januar wurden einer Besitzerin in Gumbin aus ihrem bei Gumbin belegenen Walde zwei Fichten abgeschlagen und gestohlen. Der Dieb ist nunmehr in Stolp ermittelt, das Holz, etwa ein Meter, beschlagnahmt und der Bestohlenen zurückgegeben worden.

Gestohlen wurde aus einer unverschlossenen Stube eine fest neue schwarze Tuchhose. Der Dieb ist bekannt, aber flüchtig.

Betrug. Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erschwindelte sich ein auswärtiger Kaufmann von einem Beamten 10 Mark.

Evangelischer Bund. Am 7. d. Mt. wird lic. Braeunlich, der Generalsekretär des Bundes, für die protestantische und deutsche Sache in unserer Stadt tätig sein. Er ist auch bei uns seit Jahren als tüchtiger Redner über die Los-von-Rom-Bewegung bekannt; er hat auch den hiesigen Zweigverein des Bundes gegründet. Seine schriftstellerische Tätigkeit hat ihn weiteren Kreisen bekannt gemacht. Die Teilnehmer des Gottesdienstes, wie der Abendversammlung dürften sich auf anregende Stunden gefaßt machen. (Näheres siehe Anzeige am Sonnabend-Abend.)

Josep hPlaut kommt! und das ganze einen lustigen Abend liebende Publikum ist enthusiasmiert. Plaut kommt — alles rennt nach Einlaßkarten, die schon Tage vor dem Auftreten des Gastes bis auf die letzten verkauft sind. Plaut ist da — und der Saal, die Logen sind knüppeldick überfüllt. Und er erscheint, der Erwartete, Ersehnte, knatternde Beifallssalven begrüßen ihn. Jedes Wort, jede Geste, die vom engumdrängten Podium ins Ohr, aufs Auge wirkt, ist ein Schlag aufs Zwerchfell, der die Muskeln unwiderstehlich in Bewegung bringt, ist ein siegreiches Attentat auf den Lachreiz, und die Tränensäcklein werden hier ihre blinkenden Perlen reißend los. So schreibt die Baden-Badener Zeitung!

Aufruf an alle ehemaligen 15. Ulanen! Am 15. und 16. Mai 1926 findet in Perleberg eine Erinnerungsfeier an die vor 60 Jahren erfolgte Gründung des Regiments verbunden mit einer Ehrung der 1870-1871 und im Weltkriege Gefallenen statt. Es soll ein Generalappell für alle alten Regimentskameraden sein, die hierdurch herzlichst zur Teilnahme aufgefordert werden. Zwecks kostenloser Unterbringung und Zustellung eines Programms werden alle Kameraden gebeten, umgehend, spätestens aber bis zum 31. 3. 1926 ihre genaue Anschrift dem Kameraden G. Frickmann, Berlin-Friedenau, Wilhelmshöher Straße 29, mitzuteilen. Gleichzeitig bitten wir diejenigen Kameraden, deren wirtschaftliche Lage es gestattet, ein Scherflein zur Deckung der Unkosten und als Reisebeihilfe für Minderbemittelte an Rittmeister a. D. Dzialas in Deutsch-Lissa, Bez. Breslau, (Postscheckkonto Breslau Nr. 60 246) baldmöglichst einzusenden.

Stadttheater. Heute, Freitag, den 5. Februar, 8 Uhr, Erstaufführung „Die vier Schlaumeier", Operette in 3 Akten von W. Goetze. In der Hauptrolle G. W. Braeuer als Konditor Lindemann. Sonntag, den 7. Februar, nachm. 3 Uhr, zum letzten Male das köstliche Lustspiel „Erdenbahn" zu ganz niedrigen Preisen von 30 Pfg. bis 1 Mark. Abend 7,30 Uhr erste Wiederholung „Die vier Schlaumeier", Operette in 3 Akten, von W. Goetze. Montag, den 8. Februar, nachm. 3,30 Uhr, findet, den vielfachen Wünschen entsprechend, und da Hunderte umkehren mußten, nochmals eine Volksvorstellung von „Marietta", Operette in 3 Akten von W. Kollo, zu ganz niedrigen Preisen von 30 Pfg. bis 1 Mark statt.

Deutscher Sprak — schwerer Sprak! Die „Gollnower Zeitung" veröffentlicht einen „Feuerbericht nach einer dienstlichen Niederschrift aus Butzenhagen": „Das Feuer entstand durch Irrsinnigkeit des Josef Nagel oder weil Kinder zum Viehfüttern verwandt wurden. Es laufen verschiedene Gerüchte im Dorfe herum. Der Feuerlärm erfolgte vorschriftsmäßig durch Läuten der Glocken und Signalisten. Der Feuerreiter verfehlte seinen Weg; denn die Landstraße war stark benebelt. Der vorbeschriebene Brand hat gelehrt, daß das Spritzenhaus nicht so weit von der Brandstätte entfernt sein soll. Die Löscharbeiten leitete der Gemeindeschreiber Herpischer, weil es beim Kommandanten selbst in der Oberstube brannte. Die Flammen schlugen um das ganze Dorf herum. Die Löschmaschine wurde, weil das Wasser aus den Leitungsrohren nicht kommen wollte, anfangs aus der Jauche des Geschädigten gespeist, später erhielt sie Wasser durch tragende Mädchen und Einschütten derselben in die Spritzen und durch Saugen der Pflicht-Feuerwehr am Hydranten. Vom Nachbardorfe aus gab Bäcker Fröhlich mit kräftigem Strahl sein Wasser ab, und die Oeffnungen der Nachbarn wurden mit Mist gestopft. Gerettet wurde eine Kommode und eine Kuh, welche gestohlen wurde. Die Dienstmagd rettete das nackte Leben im bloßen Hemde. Ein Feuerwehrmann wurde durch Stichflammen am Ohr verletzt, welches über den Helm herausragte.

Großpomeiske, Kr. Bütow. Eigenartige Jagdverpachtung. Die hiesige Gemeindejagd soll auf sechs Jahre gegen Gestellung deckfähiger Bullen und Eber verpachtet werden. Die Hergabe des Wildbestandes will die Gemeinde zur Hebung ihrer Viehzucht ausnutzen, da behördlicherseits nur angekörte Tiere zugelassen werden, die hier nicht vorhanden sind.

Kolberg, 5. Februar. In Kolberg ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Das Isoliergebäude des neuen Krankenhauses ist überfüllt. Es soll eine Seuchenbaracke aufgestellt werden. Bisher sind 20 Krankheitsfälle festgestellt worden. Alle Maßnahmen, um ein weiteres Umsichgreifen der Krankheit zu verhindern, sind getroffen.

Greifenberg. Eine ganze Familie schwermütig geworden. Der Hofbesitzer Krüger in dem benachbarten Dorfe Broitz ist mit seiner Familie plötzlich in bedrohliche Schwermut verfallen, deren Herkunft oder Ursache noch völlig rätselhaft ist. Krüger mußte mit seiner Frau, der bei ihm wohnenden Mutter und Schwester zur Beobachtung in die Provinzial-Heilanstalt Treptow (Rega) eingeliefert werden

Wollin. Nach fernmündlicher Mitteilung der Polizeiverwaltung zu Heydebrink auf Wollin ist dort in der Nacht zum 4 Februar Frau Lindstädt in ihrer Wohnung überfallen. verletzt und beraubt worden. Der Täter, Bäckergeselle Karl Friede, 1901 in Greifenberg i. Schl. geboren, raubte 500 Mark und ist flüchtig. Friede ist klein, schmächtig, trägt grauen Anzug mit Umschlaghose, braunen Mantel- und graue Mütze. Angaben über den Aufenthalt des Täters erbittet die Kriminaldirektion, Zimmer 42, des Polizeipräsidiums.

Sport und Spiel.

Radler-Gautag in Schlawe.

Den Auftakt zu dem Gautag des Gaues 14 (Stolp) des Bundes deutscher Radfahrer, der in diesem Jahre in Schlawe abgehalten wurde, bildete am Sonnabend Abend das sehr gut besuchte Winterfest des Schlawer Radfahrerklubs „Wanderer", das seinen besondern Anziehungspunkt durch das Auftreten des Dresdener Kunstfahrerehepaares Primke erhöhte.

Der eigentliche Gautag begann am Sonntag vormittag 11 Uhr. Die Verlesung der Anwesenheitsliste ergab 110 vertretene Stimmen. Nach Genehmigung und Verlesung der Verhandlungsniederschrift vom Herbstgautage stand die Beratung der Gausatzungen zur Debatte. Infolge eines Antrages des R. C. Wanderer-Schlawe, welcher angenommen wurde, wurde dieser Punkt von der Tagesordnung jedoch abgesetzt. Der Antrag des Wanderer lautete dahin, mit den Nachbargauen in Verbindung zu treten, um eine andere Abgrenzung zu erreichen. Die vor einigen Tagen gebildeten kleinen Gaue sind finanziell nicht recht lebensfähig. Die Sonntagsfahrten sollen in Zukunft wieder nach den Bundesbestimmungen bewertet werden und nur der beste eVrein eine Plakette erhalten. Der in Aussicht stehende goldene Bundespokal soll in diesem Jahre für das Vierer-Mannschaftsfahren gegeben werden. — Das für den 29. August in Aussicht genommene 50 Klm.-Rennen wurde auf den 3. September verlegt, da am ersten Tage ein Landesverbandsrennen stattfindet.

Nachmittags begann das öffentliche

Gaufest

das auch für das breite Publikum viel Anziehendes hatte, wie der gute Besuch aus allen Schichten der Bevölkerung bewies. Das sehr reichhaltige Programm wurde in straffer Disziplin schnell und reibungslos durchgeführt. Es bot eine Fülle des Interessanten, und immer wieder prasselte der Beifall der von den eleganten Leistungen begeisterten Menge durch den Saal — Die Bewertung der Preisrichter ergab für den R. C. Wanderer-Schlawe den 1. Preis mit 7,977 Punkten, während der R. V. Wanderer-Stolp 6,10 Punkte erhielt. Der nächste auf dem Plan war die Kunstreigenmannschaft des R. V. Rummelsburg. Diese trat in flottem Tempo mit einem ziemlich gut gefahrenen (nur 1 Fehler), auch schweren Reigen an.

Hierauf traten die Gaumeister für 1925, die Kunstreigenmannschaft des R.-C. Wanderer-Schlawe mit einem ruhig und elegant gefahrenen Reigen an. Das nach vielen Berechnungen erfolgte Urteil der Preisrichter lautete: 1. Preis und der Titel Gaumeister für 1926 im Kunstreigen der R.-C. Wanderer-Schlawe, 2. Preis der R.-V. Rummelsburg.

Den Höhepunkt des Gaufestes bildete das Auftreten der Kunstfahrer, die Leistungen zeigten, die im besten Sinne artistisch genannt werden müssen.

Viel freudige Aufregung herrschte beim Radballspiel zwischen den Gaumeistern im Radball für 1925 Wanderer-Schlawe und dem in den Vorkämpfen ausgeschiedenen Radfahrerverein Starkow. Die Wanderer erhielten mit 8 gegen 5 Tore wieder den Titel Gaumeister im Radball für 1926. Halbzeit Schlawe 3, Starkow 0 Tore. — Zum Schlusse der Wettbewerbe ein Radpolospiel des R.-V. Rummelsburg zwischen der 1. und 2. Mannschaft. Die 1. Mannschaft siegte mit 4 gegen 2 Tore. Halbzeit 1. Mannschaft 2 Tore, 2. Mannschaft 0 Tore.

Letzte Meldungen.

Bolschewistische Hochverräter.

Leipzig, 5. Februar. Vor dem Gerichtshofe zum Schutze der Republik begann ein Hochverratsprozeß gegen hannoversche Kommunisten. Es haben sich unter der Anklage der Vorbereitung des hochverräterischen Unternehmens, die Verfassung der deutschen Republik mittels Gewalt zu ändern und durch die bolschewistischen Methoden zu ersetzen, ferner wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und unbefugten Waffenbesitzes sowie Sprengstoffdiebstahls der Werkzeugschlosser Grimm aus Peine und vier Genossen zu verantworten. Die Straftaten gehen sämtlich auf das Jahr 1923 zurück.

Zwei Millionen Besatzungsschäden in Köln.

Köln, 4. Februar. Für die englische Besatzungszeit sind dem Magistrat Köln bis jetzt bereits fast 2 Millionen Mark Schäden aufgebürdet worden. Wesentlich größer sind die Schäden im geräumten französischen Besatzungsgebiet. Nach einer vorläufigen Schätzung sind die Gesamtschäden der achtjährigen Besatzungszeit mit mindestens ¼ Milliarde Mk. anzunehmen.

Die Knute der Tributpflicht.

Köln, 4. Februar. Eisenbahnerversammlungen protestierten gegen die Gewaltmaßnahmen der „Ententeeisenbahn" Auch im besetzten Gebiet ist man zu Entlassungen jahrelang tätig gewesener Beamter und Hilfskräfte übergegangen, um die Reparationsüberschüsse der Reichsbahn noch mehr als bisher zu steigern.

Englischer Etappenzug Wiesbaden—Calais.

Wiesbaden, 5. Februar. Seit etwa 2 Wochen verkehrt zwischen Wiesbaden und Calais zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen der englischen Besatzungszone im Rheinland und England als Etappenzug ein mit Schlafwagen versehener D-Zug.

Handelsnachrichten.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 244—249 (am 3. 2.: 244—249). Roggen Märk. 147—154 (149—156). Sommergerste 170—198 (170—198). Futter- und Wintergerste 142—160 (142—160). Hafer Märk. 156—167 (157 bis 168). Mais loko Berlin —,— (—,—). Weizenmehl 32,50—35,75 (32,50—35,75). Roggenmehl 22,25—24,25 (22,50—24,50). Weizenkleie 11,00—11,25 (11,00—11,25). Roggenkleie 9,50—9,80 (9,50—9,80). Viktoriaerbsen 26,00—35,00 (26,00—35,00) Raps —,— (—,—). Kleine Speiseerbsen 22,00—25,00 (22,00—25,00). Futtererbsen 20,00—22,00 (20,00—22,00). Peluschken 20—21 (20—21). Ackerbohnen 19—21 (19—21). Wicken 20,00—24 (20,00—24). Lupinen blaue 12,00-13,00 (12,00-13,00). gelbe 14,00—15,00 (14,00—15,00) Seradella neue 19,00—20,00 (19—20 Rapskuchen 15,00—15,20 (15,00—15,20). Leinkuchen 21,50—21,80) (21,50—21,80) Trockenschnitzel 8,00—8,15 (8,00—8,15 Sojaschrot 19,20—19,60 (19,20—19,60). Torfmelasse 30-70 —,— (—,—) Kartoffelflocken 14,20—14,60 (14,30 bis 14,60)

Berliner Frühmarkt. Weizen März 271 Brief, Mai 278,50 Brief, Roggen März 174 Brief, Mai 186,50 Brief, Hafer gut 189—196, mittel 180—188, Gerste 195—205, gelber Plata-Mais loko 194—200, Kleiner Mais 194—200, Roggenkleie 105—110, Weizenkleie 118—123.

Berliner Butternotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 4. Februar. 1. Qualität 1,80, 2. Qualität 1,65, abfallend 1,53 Reichsmark. Tendenz: fest.

Stettiner Getreidebörse vom 4. Februar. Waggonfrei Stettin. Roggen inl. 157—160, Weizen inl. 248—255, Hafer 166 bis 170, Sommergerste 170—197, feine über Notiz. Futtergerste 153—165, Tendenz ruhig.

Besonders im Winter braucht der Körper reichlich fett- und vitaminreiche Nahrung. Wienholz Blauband wird mit frischer Milch gebuttert und enthält alle Nährwerte feiner Molkereibutter. Sie ist billig, leicht verdaulich und von Kindern wie Kranken deshalb besonders geschätzt. ½ Pfund in der bekannten Packung: blaues Band mit blauem Punkt, überall zu haben, kostet nur 50 Pfennig. (Bb. 21).

Schaumpon
mit dem schwarzen Kopf
unübertroffen
für die Kopfwäsche
Sichern Sie sich den Preisvorteil der neuen Doppelpackung (Inhalt 2 Beutel), Preis 35 Pfg. - Einzelpackung 20 Pfg.

Amtliche Bekanntmachungen.

Umherstehen auf den Bürgersteigen.

§ 27 der Straßen- und Wegeordnung verbietet das verkehrshindernde Stehen von Personen auf den Bürgersteigen. Hiergegen wird neuerdings hauptsächlich von Arbeitslosen verstoßen, die in größeren Ansammlungen am Marktplatze umherstehen.

Die Schutzpolizei ist angewiesen worden, hiergegen einzuschreiten und Zuwiderhandelnde zur Anzeige zu bringen.

Stolp, den 3. Februar 1926.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Betr.: Steuererleichterungen für Wohnungsneubauten und Siedelungen.

Gemäß Verordnung des Pr. Staatsministeriums v. 23. 12. 25 (Pr. G. S. 1925 S. 178) sind alle nach dem 31. 3. 24 fertiggestellten Wohnungsneubauten einschl. des zugehörigen Hofraums für die Dauer von 5 Jahren nach Ablauf des Rechnungsjahrs, in dem die Neubauten fertiggestellt worden sind, von der staatl. Grundvermögenssteuer befreit und ferner ist die Steuer auf Antrag für alle seit dem 1. April 1923 auf Grund des Reichssiedlungsgesetzes begründeten Siedelungen für den gleichen Zeitraum zu erlassen.

Stolp, den 2 Februar 1926.

Der Magistrat.

Ortsstatut.

Auf Grund des § 11 der Städteordnung, § 27 des Kommunalabgabengesetzes und des Gesetzes vom 24. Juli 1906 zur Deklarierung des Kommunalabgabengesetzes wird in Gemäßheit des Gemeindebeschlusses vom 23. Oktober / 14. Dezember 1925 mit Genehmigung des Bezirksausschusses nachstehende Ordnung über die Befreiung der Neubauten von der Gemeindebesteuerung des Grundbesitzes erlassen:

§ 1.

Neubauten, die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind, unterliegen insoweit keiner Gemeindebesteuerung des Grundbesitzes, als sie nach der 3. Verordnung zur Durchführung der preußischen Steuernotverordnung vom 12 Juli 1924 (G. S. S. 578—79) oder nach den an ihre Stelle tretenden Rechtsvorschriften der Hauszinssteuer oder der an ihre Stelle tretenden Abgaben nicht unterliegen

§ 2.

Diese Steuerordnung tritt mit dem 1. April 1926 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. März 1929.

Stolp, den 23. Dezember 1925.

Der Magistrat.

(L. S) gez Hasenjaeger.

Beschluß.

Vorstehendes Ortsstatut wird genehmigt.

Köslin, den 29. Dezember 1925

Namens des Bezirksausschusses.

Der Vorsitzende.

In Vertretung:

gez Keßler.

ca. 300 fm

Pa. kief. Stammblöcke

aus frischem Einschlage, Nähe Lauenburg-Pom., 5 bis 8 Meter lang, ca. 45 Zentimeter Durchschnitt **zu verkaufen.**

Gefl. Anfragen unter **W. 42** a d. Expedition d. Bl.

Wiesen-Dünger

Thomasmehl

Kali und Kainit

ab Lager und waggonweise zu Werkspreisen empfiehlt

Wilhelm Moldenhauer

Holstentorstraße 23 und Triftstr 41. Fernsprecher 153.

Achtung Sportleute!

Die neue Sportzigarette

Manoli Abseits

— 5 Pfg. —

empfiehlt

Franz Hackbarth

Weingroßhandlung

Abteilung Tabakwaren

Fernsprecher 405. Kirchplatz 12.

N B. Abgabe an Wiederverkäufer zu Listenpreisen.

Bin verzogen nach

Bahnhofstraße 6 (hochparterre)

(neben A. E. G.)

Dr. Georg Knösel

Fernspr. Nr. 672 prakt. Arzt.

Sie kaufen heute einen guten

Einsegnungsanzug

für wenig Geld, da ich den Artikel aufgebe.

Lutters Etagengeschäft

Friedrichstraße 6.

— Erstes christliches Etagen-Geschäft am Platze. —

Wir haben in der

Goldstrasse Nr. 20

eine Filiale eingerichtet.

Gebr. Tegge

Dampfwäscherei — Färberei

Chem. Reinigungsanstalt

— Fernspr. 244 —

Polstermöbel

Sofas, Chaiselongues, Garnituren Matratzen, Auflagen

werden billigst angefertigt.

Aufarbeiten alter Polstermöbel schnell und sauber.

Paul Küttner, Tapezier und Dekorateur Poetensteig 1a.

Spiritus vini

Weinsprit 96,8 Vol. %

empfiehlt

Franz Hackbarth

Weingroßhandlung

Fernspr. 405. Kirchplatz 12

Stadt-Theater

Telephon 419.

Heute Freitag, d. 5. Februar abends 8 Uhr

Die vier Schlaumeier

Operette in 3 Akten von W. Goetze.

Sonntag, den 7. Februar nachmittags 3 Uhr zum letzten Male das köstliche Lustspiel

„Erdenbann"

Zu ganz niedrigen Preisen von 30 Pfg. bis 1 Mk.

abends 1/2 8 Uhr

Die vier Schlaumeier

Operette in 3 Akten von W Goetze.

Montag, den 8. Februar nachm. 1/2 4 Uhr

nochmals Volksvorstellung

Marietta

Operette in 3 Akten von W. Kollo.

Zu ganz niedrigen Preisen von 30 Pfg bis 1 Mark

Zwangs-Versteigerung

am **6. Februar 1926,** vormittags 9 Uhr in Stolp, (Treffpunkt Hospitalstr Ecke Geersstraße):

1 Kopfdrehbank,

um 10 Uhr Sandberg 1:

1 Musikautomat mit 53 Platten, 3 Teschings, 1 Luftbüchse, 1 Pferdegeschirr, 1 Marktbude, 2 alte Pläne, Weinbrand-Verschnitt, Nüsse, Weine, Möbel, Kaffee, Zigarren, 1 Wäscherolle, 1 Kutschwagen, 1 Rollwagen, 1 Schreibtisch,

öffentlich meistbietend gegen bar

Scheunemann,

Ober-Gerichtsvollzieher

Stolp, Uhlandstr 12

Versteigerung

der Kaufmann Emil Schröder'schen Konkursmasse am **6. Februar 1926,** vorm 11 Uhr, Stolp, Sandberg 1:

Herren- und Damenstoffe,

als: **Ulster, Tuche, Musseline, Seidenstoffe, Barchent, Waschstoffe, Krimmer, Pelzkragen, Kindermützen und Schals, Wolljacken, Schürzen u. a. m.**

öffentlich meistbietend gegen bar.

Scheunemann,

Ober-Gerichtsvollzieher

Stolp, Uhlandstr. 12

Freibank.

Sonnabend vormittags 9 Uhr

Verkauf von **gekochtem**

Rindfleisch

und **gekochtem**

Schweinefleisch.

Die Schlachthofdirektion.

Vorzüglich kochende

Viktoria-Erbsen

22 Pfg. das Pfund.

Wiederverkäufer billiger!

Carl Schröder

Fernruf 509. Mittelstr. 43.

Mit

Kälbermastmehl

erzielt man bei Fettkälbern die besten Erfolge. Vorrätig bei

Carl Schröder,

Fernruf 509. Mittelstr 43.

Kyffhäuser - Technikum

Frankenhausen

Ing.-Schule f. Masch.- u. Autobau, Elektrotechn. Einz. Sonderabt. f. Landmaschinen u. Flugtechnik

Aufsehen

erregende Prophezeiungen 1926—27 erhält jeder Leser

umsonst.

Schreiben Sie noch heute an **Astrologin Herta Kokott,** Berlin **145** Alte-Schönhauserstraße 9. Geburtsdatum angeben! Rückporto!

Kirchliche Anzeigen.

St. Marien

Sonntag Sexag

Vorm 10 Uhr Jahresfest des Ev. Bundes, Festpredigt: Lic. Bräunlich.

Darnach Beichte: P Bottke; Feier des heil. Abendmahls. Kollekte für den Evang. Bund

1—2 Uhr Spargeldannahme in der Kirche (Turmhalle).

Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst in der Kirche: Pastor Lic. Steffen.

2 Uhr desgl. im Evangelisationssaal.

Nachm. 3/4 2 Taufen in der Sakristei.

Nachm. 5 1/2 Uhr Predigt: Pastor Lic. Steffen. (Konfirmandenchor singt.)

Abds. 7 1/2 Uhr Gemeindeabend für den Evang Bund Vortrag: „Die Feinde der evang. Kirche." Lic. Bräunlich.

Chorgesänge. Schlußansprüche: Pastor Lic Steffen.

Mittwoch, den 10. Februar abends 8 1/4 Uhr Bibelstunde im Evangelis.-Saal (Arnoldstraße.) Pastor Spittel.

Begräbniswoche: Pastor Lic Steffen.

Trauungen: Pastor Bottke.

Taufen und Kommunionen: Pastor Spittel.

Evangelisationssaal

(Arnoldstraße)

Jeden Sonntag nachm. 4 Uhr Jugendbundstunde u. abends 8 1/4 Uhr Versammlung.

Jeden Montag 8 1/4 Uhr Abds. Bibelbesprechstunde.

Donnerstag 8 1/4 Uhr Abds. Gebetstunde der landeskirchlichen Gemeinschaft

Evang. Jünglingsverein.

Sonntag, den 7. 2 1926 abds. 5 1/2 Uhr Versammlung. (Vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.)

Schloßkirche

Schloßgemeinde.

Vorm. 8 1/2: Militärgottesdienst.

Vorm. 10 Uhr Gottesdienst und Abendmahl.

Kollekte für das Krüppelheim Alt-Kolziglow. Pastor Rathke.

St. Johann.

Nachm. 4 1/2 Uhr Gottesdienst und Katechisation

Kollekte wie oben

Past. Osterwald-Rügenwalde

St. Petri.

Sexagesimä.

(Kirche geheizt.)

Vorm. 10 Uhr Predigt: Pastor Witte-Symbow.

Darnach Beichte und Feier des hl. Abendmahls. Pastor Lamberg.

Kollekte für das Krüppelheim Alt-Kolziglow.

Nachm 2 Uhr Kindergottesdienst: Pastor Lamberg.

Beerdigungen: Pastor Lamberg.

Trauungen: Derselbe.

Friedenskapelle.

Gem. gläub. gef. Christen. Töpferstadt — Ecke Hörne.

Vorm. 9 1/2 Uhr Bibelstunde.

Vorm. 11 Uhr Sonntagsschule.

Nachm. 4 Uhr Predigt und Abendmahl.

Donnerstag abends 8 Uhr Gebetsstunde.

Pred. Kopplin.

Verantwortlich für die Redaktion i. V.: Max Esch, für den Anzeigenteil: Franz Doherr, beide in Stolp. Druck von F. W. Feiges Buchdruckerei in Stolp.